

Wahlprüfsteine Landesrektorenkonferenz Sachsen-Anhalt

Die Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt bilden ca. 55.000 Studierende aus, darunter ca. 17 Prozent aus dem Ausland, und geben dem Land durch die Bereitstellung von Fachkräften sowie die Forschung und den Transfer wesentliche Impulse.

Im vergangenen Jahr 2025 wurden zwischen den Hochschulen, den Standorten der Universitätsmedizin und dem Ministerium für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt Zielvereinbarungen für die Jahre 2025-2029 geschlossen. Damit wurden die Rahmenbedingungen für die Entwicklungen der Hochschulen vereinbart.

Vor diesem Hintergrund stellt die Landesrektorenkonferenz des Landes Sachsen-Anhalt den im Landtag vertretenen Parteien sowie allen Parteien, deren Umfragewerte über 5 Prozent liegen Fragen zur Entwicklung des Hochschul- und Wissenschaftssystems. Deren Beantwortung durch die Parteien gibt den Studierenden, den Beschäftigten, den Vertreterinnen und Vertretern von Unternehmen und Institutionen sowie allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes Orientierung für die Landtagswahl 2026:

1. **Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre:** Welchen Stellenwert hat die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre für Ihre Partei im Kontext von Demokratie und Rechtsstaat? Wie wollen Sie die Freiheit von Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sichern?

Für die FDP ist die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ein besonders hohes Gut. Nur durch die Freiheit der Forschung kann ernsthafte, vorurteilsfreie Wissenschaft und dadurch Innovation entstehen. Der bestehende gesetzliche Rahmen bietet hierfür gemeinsam mit der Landesverfassung einen effektiven Rahmen, in dem sich politische Entscheider bewegen können.

Versuche, in Institutionen wie Universitäten und Hochschulen hineinzuregieren und staatlich zu zensieren lehnen wir ab. Dazu zählen für uns auch drastische Eingriffe in die Hochschulautonomie, wie die Einführung von landesweiten Zivilklauseln. Hochschulen müssen im Rahmen der Meinungsfreiheit ein Ort der Diskussion und des Austausches sein. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aber auch Tendenzen des gesellschaftlichen Diskurses, Mitgliedern der Hochschule die freie Meinungsäußerung zu beschneiden, haben bei uns keinen Platz.

2. **Hochschulautonomie:** Wie weit sollte nach Einschätzung Ihrer Partei die Hochschulautonomie gehen bzw. in welchen Bereichen ist aus Ihrer Sicht eine andersartige Lenkung des Hochschulbereichs durch die Landesregierung sinnvoll? Welche Rolle sollten die Statusgruppen bei der zukünftigen Gestaltung der Hochschulen haben?

Für die FDP Sachsen-Anhalt bleiben Zielvereinbarungen der Dreh- und Angelpunkt der Zielsetzungen zwischen Hochschule und Land. Hier sollen langfristige Zielstellungen festgeschrieben, die grundsätzliche Ausgestaltung aber dem selbstverantwortlichen Management der Universitäten und Hochschulen überlassen werden.

In Bereichen wie der Lehrerbildung, wo Studium und staatliche Institutionen eng miteinander verknüpft sind, wollen wir eine bessere Verzahnung von Strukturen und Inhalten erreichen. Auch den

Austausch zwischen den Hochschulen unterstützen wir in Bereichen, in denen eine Arbeitsteilung sinnvoll und notwendig ist. Das betrifft insbesondere den Aufbau einer gemeinsamen IT-Infrastruktur, wo wir uns z.B. eine bessere Bündelung der Rechenzentren vorstellen könnten, um Leistung und Resilienz zu steigern.

Insgesamt haben die Freien Demokraten aber Vertrauen in die Universitäten und Hochschulen, dass sie auch ohne Anweisungen des Landes den Austausch suchen.

Die derzeitige Repräsentation der Statusgruppen sehen wir im großen und ganzen als zufriedenstellend an. In Einzelfragen, so wie jüngst bei der Debatte um die Gremienzusammensetzung der medizinischen Fakultäten, sind wir aber weiterhin offen für die Etablierung schlanker Strukturen.

3. **Bürokratieabbau:** In welchen Bereichen des Zusammenwirkens von Hochschulen und der Landesregierung/der Landesverwaltung/der Landesgesetzgebung ist ein Bürokratieabbau denkbar? Wäre in diesem Zusammenhang z. B. ein Verzicht auf Stellenpläne /Stellenübersichten sinnvoll?

Die Arbeit über Zielvereinbarungen stellt aus unserer Sicht bereits jetzt einen möglichst schlanken, bürokratiearmen Weg dar, wie das Land mit den Hochschulen interagieren kann. Zentrale Stellschrauben der Entbürokratisierung sehen wir hingegen im Rahmen der Forschungsförderung. Wo das Land hierbei tätig ist wollen wir den Personal- und Zeitaufwand durch den Abbau von Dokumentationspflichten verringern. Das Land benötigt ein effektives Monitoring-System, dessen Form sich aber von der herkömmlichen Form des Stellenplans, je nach Notwendigkeit der jeweiligen Hochschule, unterscheiden kann.

4. **Unterstützung von Studierenden/Studentenwerken:** Wie steht Ihre Partei zu Forderungen einer echten BAFÖG-Reform entsprechend den Vorschlägen der HRK? Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verringerung des Armutrisikos bei Studierenden im Allgemeinen und zur Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für Studierende im Besonderen? Welche Planungen haben Sie bezüglich der Unterstützung der Studentenwerke, z. B. mit Blick auf den Ausbau von Wohnheimkapazitäten, Beratungs- und Unterstützungsinstrumente sowie Kita-Plätze für Studierende?

Die FDP strebt weiterhin eine Regelung zu einem echten elternunabhängigen Bafög auf Bundesebene an. Die letzte Bundesregierung hat hierzu bereits mehrere Reformschritte erarbeitet. Ziel weiterer Reformvorhaben sollte es aus Sicht der Freien Demokraten sein, die Regelungen des bestehenden Bafögs weiterhin drastisch zu vereinfachen und zu entbürokratisieren. Für das studentische Wohnen existiert mit dem Bund-Länder-Programm „Junges Wohnen“ bereits eine geeignete Förderstruktur, die neben den insgesamt niedrigen Mieten in Sachsen-Anhalt das Angebot verbreitern kann.

Hinsichtlich weiterer Beratungs- und Unterstützungsangebote sehen wir auch die verfasste Studierendenschaft in der Pflicht, ihrer gesetzlich verbrieften Position als Ansprechpartner für studentische Belange gerecht zu werden und entsprechende Angebote vorzuhalten.

5. **Demografischer Wandel/Fachkräftesicherung:** Welche Ziele verfolgt Ihre Partei zur Internationalisierung der Hochschulen? Wie steht Ihre Partei zur Gewinnung internationaler Studierender und internationaler Mitarbeitender mit Blick auf voraussichtlich größer werdende Herausforderungen durch den demografischen Wandel und den daraus resultierenden Fachkräftemangel? Wie steht Ihre Partei zu Studiengebühren, insbesondere mit Blick auf Studierende z. B. aus Nicht-EU-Ländern? Welche Konzepte hat Ihre Partei, um

das Land Sachsen-Anhalt als Wohn- und Arbeitsort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie für Absolventinnen und Absolventen nach dem Abschluss von Studium oder Promotion attraktiv(er) zu machen? Wie steht Ihre Partei in diesem Zusammenhang zur Unterstützung, Förderung und zum Ausbau des Landesstudienkollegs?

Mit dem demographischen Wandel wird die Gewinnung ausländischer Studierender und Wissenschaftler für den Standort Sachsen-Anhalt immer relevanter. Wir wissen, dass die Hochschulen und Universitäten bereits selbst aktiv sind, und wollen den Weg für weitere Projekte der Internationalisierung, zum Beispiel bei der Eröffnung internationaler Außenstandorte und eine weitere Förderung des Landesstudienkollegs schaffen. Wir können uns vorstellen, Universitäten und Hochschulen die Möglichkeit zu geben, Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer zu erheben. Insbesondere wenn Studierende nach dem Studium Deutschland verlassen können wir so für eine angemessene und gerechte Gegenfinanzierung des Studiums sorgen. Großen Chancen sehen wir in einer verstärkten Werbung für Forscherinnen und Forscher aus dem Ausland. Um den Standort für wissenschaftliche Innovation noch attraktiver zu machen wollen wir auch die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschule verbessern.

6. **Wissenschaftliche Karrierewege:** Welchen Handlungsbedarf sieht Ihre Partei hinsichtlich der Erhöhung der Attraktivität und der Durchlässigkeit wissenschaftlicher Karrierewege, und wie wollen Sie die Hochschulen bei der Umsetzung entsprechender Schritte unterstützen?

Die Aufgaben zu Erhöhung der Attraktivität der wissenschaftlichen Arbeit liegen aus Sicht der FDP insbesondere in der Aufgabe der Bundesregierung. Klar ist, dass es im Wissenschaftszeitvertragsgesetz mehr Flexibilität benötigt, um z.B. talentiertes Personal in Forschung und Lehre zu halten. Gleichzeitig muss aber garantiert werden, dass unter den jeweiligen finanziellen Bedingungen von Ländern und Universitäten wissenschaftliche Karrierewege für jede neue Forschergeneration offenstehen. In Sachsen-Anhalt hat die FDP mit der Erhöhung der Graduiertenförderung bereits mehr Chancen für besonders talentierte junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler geschaffen.

7. **Grundlagenforschung/Exzellenzwettbewerb:** Welche Bedeutung hat aus der Sicht Ihrer Partei eine ausschließlich dem wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt gewidmete Grundlagenforschung? Auf welche Weise sollte diese gefördert werden? Welche Überlegungen gibt es in Ihrer Partei bezüglich der Unterstützung der Universitäten in den Exzellenzwettbewerben?

Die Einwerbung des Exzellenzclusters an der MLU in Halle ist ein großer Erfolg für die Region und hat Sachsen-Anhalt wissenschaftlich auf die Karte gesetzt. Bevor für die nächste Förderperiode geplant wird sollte das Land den Start des Clusters zunächst begleiten.

Insgesamt sehen wir den Anspruch, Grundlagenforschung und spezialisierte Angebote zu fördern, nicht im Widerspruch zueinander. Beide Seiten bilden essenzielle Teile einer innovativen Wissenschaftslandschaft, in der durch ein Aufrechterhalten der Forschungsfreiheit Projekte umgesetzt werden können.

8. **Angewandte Forschung, Transfer und Existenzgründung:** Auf welche Weise sollen zukünftig angewandte Forschung an den Hochschulen und Existenzgründung aus den Hochschulen heraus gefördert werden? Auf welche Weise sollen die Hochschulen bei Aufgaben des Transfers unterstützt werden?

In der letzten Legislatur hat die FDP als Teil der Regierungskoalition wesentliche Projekte zur Stärkung des Austauschs zwischen Forschung und Wirtschaft vorangetrieben. Ziel muss es jetzt sein,

diese Angebote bekannter zu machen, um ihre Nutzung zu erhöhen, z.B. bei der Inanspruchnahme von Forschungsseminaren zur Unterstützung des Forschungstransfers, der Intensivierung von Netzwerk-Veranstaltungen oder der Integration von Praxisanteilen ins Studium, um eine frühe Verzahnung zwischen Unternehmen vor Ort und hochqualifizierten späteren Arbeitnehmern zu erreichen.

Eine wichtige Stellschraube für gelungenen Forschungstransfer sehen wir auch in einem aktiven Management universitärer Patente. Sachsen-Anhalts Universitäten und Hochschulen stehen bei den Patentanmeldungen auf dem 4. Platz aller Bundesländer – ein Erfolg, den wir nutzen sollten, indem der Weg vom Patent zur Gründung besser gefördert und bereits bestehende, aber ungenutzte Patente an den Hochschulen an Unternehmen vermittelt werden.

9. **Gleichstellung und Chancengerechtigkeit:** Welche Überlegungen gibt es hinsichtlich der Einhaltung von europäischen und bundesweiten Standards bzgl. Gleichstellung und Chancengerechtigkeit, auch mit Blick auf erfolgreiche Drittmittelwerbungen? Welche Maßnahmen planen Sie, um die Hochschulen bei der Erhöhung des Frauenanteils in der Wissenschaft zu unterstützen?

Die FDP sieht in der Gleichstellung der Geschlechter keinen Auftrag, der vollständig vom Gesetzgeber übernommen werden kann. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, den bestehenden Rahmen zu erhalten, und Detailregelung und die Ausgestaltung dezentral den Hochschulen, den Fakultäten und den Instituten zu überlassen. Wir erkennen an, dass Hochschulen in den von ihnen gesetzten Zielen in diesem Bereich in großen Teilen bereits jetzt erfolgreich agieren.

10. **IT-Sicherheit, Krisen- und Notfallmanagement:** Welche Unterstützung soll es zukünftig für zusätzliche Herausforderungen wie z. B. im Zusammenhang mit IT-Sicherheit oder der Vorbereitung auf Krisen und Notfälle geben?

Die FDP spricht sich zur Verbesserung der digitalen Resilienz der Hochschulinfrastruktur für eine bessere Kooperation der universitären Rechenzentren aus. Konkret könnte dies z.B. eine Bündelung in zwei Standorten bedeuten. Durch das Pooling der Ressourcen könnten Kapazitäten erhöht und die Sicherheitsinfrastruktur gestärkt werden.

11. **Bau- und Sanierungsbedarfe:** Welche Konzepte hat Ihre Partei im Hinblick auf Bau- und Sanierungsbedarfe (auch vor dem Hintergrund von Nachhaltigkeit, CO₂-Vermeidung und Inklusion/Barrierefreiheit)?

Für die FDP stehen die Belange des Hochschulbaus insbesondere unter dem Gebot der Hochschulautonomie. Vor Ort kann besser entschieden werden, welche baulichen Maßnahmen sinnvoll und im Rahmen des zu Verfügung stehenden Budgets machbar sind. Ausgaben für Bau- und Sanierungsmaßnahmen wollen wir weiterhin im Rahmen der Zielvereinbarungen regeln.

12. **Lehrkräftebildung/Medizinausbildung/Gesundheitsberufe:** Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Lehrkräftebildung? Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Medizinausbildung und der Ausbildung von Gesundheitsberufen?

Die FDP möchte die Lehrerbildung sowohl im universitären Bereich als auch im Vorbereitungsdienst weiterentwickeln. Einen besonderen Fokus wollen wir dabei auf die Erhöhung des Praxisanteils im

Studium legen. Praktische Erfahrungen im Umgang mit Schülerinnen und Schüler, die bereits im Laufe des Studiums gesammelt werden (z.B. auch die Mitarbeit in Projekten wie Schülerlaboren) sollen mit einer Verkürzung des Vorbereitungsdienstes honoriert werden. Weitere in der Anlage zur Zielvereinbarung verabredete Projekte, etwa die Weiterentwicklung des praxisintegrierten Studiums und die Einführung des Q-Masters an der OvGU oder die Einführung der generalisierten Studieneingangsphase an der MLU, wollen wir im Laufe der Legislatur begleiten und evaluieren. Grundsätzlich will die FDP das schulfach- und schulartspezifische Lehramtsstudium erhalten – den Umstieg auf z.B. schulstufenspezifische Angebote lehnen wir ab.

Für die Gesundheitsberufe haben wir als einziges Land bislang Verbesserungen in der Finanzierung des praktischen Jahres geschaffen. Dort streben wir weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen an. Eine pauschale Akademisierung von Gesundheitsberufen zulasten der Ausbildung lehnen wir mit Blick auf die unklare Kompetenzzuschreibung im Studium ab.

13. **Hochschulsystem:** Gibt es für die Zeit nach Ablauf der Zielvereinbarungsperiode 2025-2029 Überlegungen Ihrer Partei zur Weiterentwicklung der Hochschulstruktur? Planen Sie eine Novellierung des Hochschulgesetzes? Falls ja, welche maßgeblichen Änderungen planen Sie? Planen Sie weitere Änderungen im Hochschulsystem, die durch die Fragen nicht abgedeckt sind?

Grundlegend hat Sachsen-Anhalt ein modernes Hochschulgesetz, an dem auch die Freien Demokraten festhalten möchten. Reformen, zum Beispiel im Rahmen der Änderungen im Hochschulmedizin-gesetz, haben wir in dieser Legislatur bereits vorgenommen. In einigen Teilbereichen sehen wir allerdings noch Verbesserungsbedarf. Wir fordern noch mehr Freiraum und Flexibilität für Studierende und Wissenschaftler, die aus den Universitäten hinaus gründen oder ihr Wissen in der Wirtschaft einbringen wollen. Außerdem wollen wir die Wahlfreiheit für Studenten stärken und die Qualität der Angebote der studentischen Selbstverwaltung erhöhen, indem das sog. „Pflichtsemester“ der Mitgliedschaft in der verfassten Studierendenschaft abgeschafft wird.